

offene  
Fluchtwege  
sichern

Integration  
fördern

## WILLKOMMEN IN DER MOSELSTRASSE

RUNDBRIEF 7

50647  JANUAR 2018

Liebe Engagierte,

I

Erfreuliches.

Mit **Margarethe** hat die Ini seit 1.1. eine Koordinatorin, die folgende Aufgaben übernimmt:

- Orga-Verteiler; Einladung zu Orga-Treffen und TO; Protokoll von den Treffen erstellen
- das Organigramm aktualisieren
- versuchen, neue Unterstützerinnen und Unterstützer zu finden
- unsere Vernetzung optimieren.

II

Ausreichender bezahlbarer **WOHNRAUM** war ein Thema von Herrn Kardinal Wölki in seiner Weihnachtspredigt, ist auch Gegenstand der Koalitionsverhandlungen in Berlin und natürlich ein wichtiger Aspekt unserer Unterstützungsarbeit.

Dass darüber gesprochen wird bedeutet noch nicht, dass die Politik, insbesondere auch die Kölner Stadtpolitik, sich aktiv um mehr sozialen Wohnungsbau kümmert.

Für die Stadtspitze ist das Thema bisher offensichtlich nachrangig. In den vergangenen drei Jahren hat sie praktisch nichts für den sozialen Wohnungsbau getan.

Neben den Alteingesessenen suchen auch viele Kölner Neubürgerinnen und –bürger –auch Bewohner aus dem Hotel Mado- verzweifelt nach einer bezahlbaren Wohnung.

Viele von ihnen wohnen seit fast dreieinhalb Jahren im Hotel Mado, leiden

mittlerweile sehr unter dem Mangel an persönlichen Rückzugsmöglichkeiten und unter der ständigen Unruhe.  
Posttraumatischen Belastungsstörungen erschweren häufig noch zusätzlich ihre Lebenssituation und können kaum gelindert werden.

### III

In Anbetracht der sehr großen Belastung der in der Wohnungssuche und Wohnungseinrichtung Engagierten hat sich die Umzugsgruppe neu aufgestellt. In **Tilo** haben wir einen neuen Koordinator gefunden, der sich über weitere Mitmacherinnen und Mitmacher sehr freut.

Neue Engagierte zu finden war auch ein Thema im Kölner Anzeiger vom 11. Januar.

Viele Engagierte haben sich aus der Unterstützungsarbeit zurückgezogen.

Dies ist zum Einen der großen Belastung geschuldet, zum Anderen aber auch der Frustration im Umgang mit den Ämtern.

Nach wie vor wird in den Ämtern zu wenig professionelle Arbeit für und mit den Neubürgerinnen und –bürgern geleistet, werden die Ressourcen der Engagierten unnötig überstrapaziert.

### IV

Im Hotel Mado wohnen zahlreiche **NIGERIANER**.

Unter ihnen mehrere Ibos, die als Aktive in einer Bewegung gearbeitet haben, die sich für die Rechte ihres Volkes auf ein selbst verwaltetes Biafra (die Region, die die Ibo als ihre Heimat betrachten) einsetzt und die deshalb in Nigeria politisch verfolgt wurden.

Der Staat Nigeria duldet keine Artikulation der Minderheitenrechte.

Er schützt seine Bürger auch nicht vor willkürlicher Verfolgung und gewährt ihnen keinen sicheren Schutz vor Angriffen bis hin zur Ermordung.

Als Asylgrund anerkannt wurde dies vom BAMF bisher nicht.

In dem flächenmäßig größten Landesteil im Norden Nigerias leben die überwiegend muslimischen Hausa-Fulani.

Sie stellen die Bevölkerungsmehrheit und können so die Regierung bestimmen, waren/sind aber wirtschaftlich weniger entwickelt und können/konnten an Dynamik mit den Yoruba und besonders den Ibo aus dem Süden des Landes nicht mithalten.

Da sich Letztere in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung für das Land nicht angemessen repräsentiert sahen, putschten sie 1966, was nach wenigen Monaten in einem Gegenputsch endete.

Putsch und Gegenputsch waren von Massakern begleitet, die das Misstrauen der Ethnien untereinander nur stärkten.

Ibos flohen zu Hunderttausenden aus dem muslimisch dominierten Norden in ihre alten Stammesgebiete.

Der Militär-Gouverneur der von Ibos bewohnten Süd-Ostregion erklärte am 30. Mai 1967 die Unabhängigkeit des von ihm verwalteten Gebietes und rief die Republik Biafra aus.

Die Zentralregierung Nigerias beantwortete die Unabhängigkeitserklärung der Ibos mit einem Krieg gegen Biafra, der sehr grausam geführt wurde. Biafra wurde vollständig eingeschlossen und von jeglicher Nahrungszufuhr abgeschnitten.

In zweieinhalb Jahren starben bis zu zwei Millionen Menschen an den Folgen der Kämpfe, unter denen besonders die Kinder litten.

Die Bilder der hungernden Kinder in Biafra erschütterten die Welt, es kam zu Unterstützungsaktionen, doch die weitere Sezessionsbestrebungen fürchtenden afrikanischen Länder und auch die früheren Kolonialmächte stützten die Zentralregierung.

Zumal es in Biafra große Bodenschätze (u.a. Erdöl) gab, an deren Ausbeutung westliche Konzerne großes Interesse hatten und haben.

Die Zentralregierung vermarktete und vermarktet die Bodenschätze der Iboregion, beteiligt diese aber nur minimal an deren Verwertung.

Zudem wurden und werden die Lebensgrundlagen der Bevölkerung -Fischfang und Landwirtschaft- in Folge der Verschmutzung des Nigerdeltas/Landes durch die Ölförderung nachhaltig geschädigt.

Die Ibos bemühen sich bisher vergeblich um Partizipation, um gerechte Teilhabe an den Schätzen und wirtschaftlichen Erlösen des Landes und versuchen sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu wehren.

Alle Bestrebungen, für das ehemalige Biafra eine politische und ökonomische Selbstverwaltung zu erreichen, unterdrückt die Zentralregierung, teilweise sehr gewalttätig.

Auch den Kampf gegen die Umweltschädigung.

Die Bundesregierung scheint diese Problematik nicht zu interessieren. Die Situation in Nigeria wird von ihr nicht als Asyl-würdig angesehen.

Die praktisch vollständige Ablehnung von Asylanträgen bedrückt die Nigerianerinnen und Nigerianern sehr.

Sie wünschen sich mehr Unterstützung für ihre Anliegen, auch durch uns.

## IV

### Neue politische Ideen zur Behandlung von Asyl-Suchenden:

Unter der Überschrift:

#### **ABSCHRECKUNG HOCH DREI**

berichtete die SZ am 17.1.18 über das Sondierungspapier von CDU/CSU und der SPD.

Demnach sollen Asylbewerberinnen und –bewerber künftig bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag in so genannten **AnkER-Zentren** untergebracht werden.

Dorthin werden sie bei ihrer Ankunft gebracht und müssen in diesen auf die Entscheidung und gegebenenfalls ihre Rückführung warten.

Die AnkER-Zentren sind kasernenähnliche Großlager, in denen eine Betreuung durch Willkommensinitiativen fast unmöglich ist und auch die Rechtsberatung sehr erschwert wird.

Eine Teilnahme am normalen Leben ist nicht möglich. Kinder werden in den Kasernen sonder-beschult.

Ein offener Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

**Für uns wichtig:** Bei unserer Unterstützungsarbeit sind wir auf **Spenden** angewiesen und darum bitten wir sehr herzlich.

Auf Wunsch können Spendenbescheinigungen ausgestellt werden:

**Konto: Ev. Gemeinde Köln**

**IBAN: DE49 3705 0198 0007 7020 12**

**Verwendungszweck: Flüchtlingsarbeit Moselstraße**

Wolfgang

„Wir müssen die Freiheit der Fliehenden, sich Köln als sicheren Wohnort aus zu suchen, aushalten“

Antonio Pelufo, Auerbachplatz im Mai 2017

„La liberta sopportabile e molto difficile“

Pietro Guisepe Pellegrino, Sizilien im August 1971

„Wir stecken ungefragt im Kampfanzug“

Schmetterlinge, Proletenpassion

„Wenn die Kämpfer müde werden, entscheidet sich die Schlacht“ Berthold Brecht